

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

74. Sitzung
24. August 2026

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 16.39 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Tamara Lüdke (SPD) stellt für ihre Fraktion folgende Frage:

„Zuletzt, auch in diesem Sommer, wurde ja in Berlin wieder viel gefeiert. Es gab Veranstaltungen wie Rave The Planet. Zugleich stehen aber viele Clubs, die Wilde Renate, aber auch das RAW-Gelände, deutlich unter Druck. Deshalb würde ich gern den Senat um eine Einschätzung dazu bitten, wie er denn aktuell die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Berliner Clubs bewertet.“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, in den letzten Monaten seien an zwei Clubstandorten existenzielle Fragen zu beantworten gewesen. Für das RAW-Gelände sei nun eine Einigung zwischen dem Eigentümer, dem Bezirk und dem Land Berlin erzielt worden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung habe sich dafür eingesetzt, dass die Flächen vom Eigentümer gemietet werden könnten und die drei betroffenen Clubs auf dem RAW-Gelände eine Perspektive erhielten. Der Mietvertrag des Clubs Wilde Renate sei bereits im Dezember 2025 um weitere zehn Jahre verlängert worden. Sie habe den Club vor einigen Tagen besucht. Auch dort gebe es Sanierungs- und Investitionsbedarf. Die Clubs ständen zudem vor großen Herausforderungen durch das veränderte Besuchsverhalten und den abneh-

menden Getränkekonsum. Es mache sich bemerkbar, dass weniger Billigflieger Partygäste nach Berlin brächten. Als sehr positiv werde das Schallschutzprogramm wahrgenommen, das weitergeführt werde. Für eine strukturierte Bewältigung der Herausforderungen habe die Verwaltung die gerade veröffentlichte Studie „Clubkultur Berlin 2026“ durchgeführt.

Julian Schwarze (GRÜNE) äußert, er halte die Vorstellung der Studie für sehr wichtig. Erlaube die Geschäftsordnung eine Umwandlung der Frage der Aktuellen Viertelstunde in einen Berichtspunkt?

Vorsitzender Jörg Stroedter erklärt, dies sei aus seiner Sicht nicht vorgesehen. Die Frage sei gestellt und beantwortet worden. Die Ausführungen der Senatorin würden nun durch Staatssekretär Biel ergänzt.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) führt aus, SenWiEnBe sei mit der Studie der Frage nachgegangen, ob es in Berlin ein Clubsterben gebe. Dazu seien die Jahre 2020 bis 2025 untersucht worden. Trotz der großen Herausforderungen, vor denen Clubs ständen, seien 25 Clubs neu eröffnet worden. 24 hätten schließen müssen. 61 Prozent der Berliner Clubs erwirtschaften einen Gewinn oder erzielten ein ausgeglichenes Ergebnis, 39 Prozent verzeichneten einen Verlust. Die Clubs seien anpassungsfähig und schafften es durch eine gute Kooperation mit den Playern der Stadt immer wieder, neue Konzepte an den Markt zu bringen und sich längerfristig zu halten.

Eine Herausforderung seien die Flächen. In den Handlungsempfehlungen habe sich SenWiEnBe damit beschäftigt, mit welchen Maßnahmen der Staat hier unterstützen könne. Dazu gehöre das Schallschutzprogramm, das den Weiterbetrieb von Clubs in Wohngebieten ermögliche und gut angenommen werde. Dass die Mittel abfließen, sei ein klares Zeichen für einen Bedarf an zusätzlichen Mitteln seitens des Haushaltsgesetzgebers. Weitere Themen, mit denen sich die nächste Koalition auseinandersetzen müsse, seien die Spielstättenförderung und die Anerkennung von Clubs als Kulturstätten. Letztere sichere den Bestand bestehender und erleichtere die Eröffnung neuer Clubs und müsse vom Bund geregelt werden. SenWiEnBe begrüße zudem die Idee des Club-Euros. Hierbei handele es sich um einen Solidaritäts-Euro, den das Publikum zahle und von dem andere Clubs über eine Fondslösung profitieren könnten.

SenWiEnBe habe über das Zentren-Programm, das in den letzten zwei Jahren mit allen zwölf Bezirken organisiert worden sei, einen Vorschlag für Zwischennutzungen erarbeitet. Bei Visit Berlin sei eine Zwischennutzungsagentur pilotiert worden. Hamburg habe mit der Kreativ Gesellschaft mbH ein Projekt, das dafür Sorge, dass leerstehende Flächen relativ schnell zu günstigen Preisen an Kreativschaffende vergeben werden könnten. Dies sei auch für Clubs interessant, insbesondere für Pop-ups, die nicht zwölf Monate im Jahr geöffnet seien. Anhand der 65-seitigen Studie werde nachgewiesen, dass Clubs für die Berliner Identität und die Ansiedlung von ausländischen Unternehmen von größter Bedeutung seien. Sie benötigten ein klares politisches Bekenntnis. Die Clubs auf dem RAW-Gelände seien auch dank der Gespräche gerettet worden, die die Wirtschaftssenatorin organisiert habe.

Tamara Lüdke (SPD) äußert, der Club-Euro, die Spielstättenförderung und der Schallschutzfonds seien Aufgaben für den Haushalt und das Abgeordnetenhaus. Welche konkreten Maßnahmen plane der Senat auf Basis der Clubstudie?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) antwortet, der Club-Euro werde nicht vom Staat organisiert, sondern als Solidarsystem von den Akteuren der Clubwirtschaft. Möglich sei, dass das Land Berlin begleitende Unterstützungsstrukturen schaffe. Die weiteren zuvor genannten Punkte würden von der Wirtschaftsverwaltung begleitet. Wie es weitergehe, hänge von der Wahl am 20. September 2026 ab. Bis dahin plädiere SenWiEnBe an die Clubs, den Schallschutzfonds zu nutzen, und an den Haushaltsgesetzgeber, die Mittel zu erhöhen.

Lucas Schaal (CDU) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Wir hatten uns in einer der letzten Ausschusssitzungen sehr intensiv mit der ILA und mit der Zukunft des Luft- und Raumfahrtstandorts Berlin beschäftigt. Dazu gab es neue Entwicklungen, und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie uns diese hier noch mal darlegen können.“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verkündet, SenWiEnBe habe die Voraussetzungen für die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung in den Jahren 2028 und 2030 geschaffen. Der noch zu fassende Senatsbeschluss fuße auf einer Rahmenvereinbarung mit dem Land Brandenburg. Beide Kabinette hätten sich dazu verpflichtet, die ILA weiter zu unterstützen. Der Senatsbeschluss beinhalte auch die Absicht, weiter finanzielle Mittel dafür bereitzustellen. Die diesjährige ILA sei mit über 100 000 Besucherinnen und Besuchern, 765 Ausstellern, 37 Nationen und 300 Sessions auf drei Bühnen die erfolgreichste der letzten Jahren gewesen. Die ILA sei die traditionsreichste Luft- und Raumfahrtausstellung der Welt, eine der größten Fachmessen der Branche und Plattform für viele Akteure der Luft- und Raumfahrtbranche. Sie stehe für die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt und für Innovations- und Technologieförderung, aber auch für die Bedeutung, die der Sektor in der zivilen Luftfahrt, im militärischen Bereich, aber auch in der Raumfahrt habe. Dass sie weiter durchgeführt werde, sei ein Bekenntnis für den Wirtschaftsstandort Berlin. Die Vorbereitungen für die nächste ILA, die vom 17. bis 21. Mai 2028 stattfinden werde, hätten bereits begonnen.

Dr. Alexander King (fraktionslos) stellt folgende Frage:

„In den letzten Wochen und Monaten ist viel diskutiert worden über die Füllstände der Gasspeicher. Sie liegen jetzt bei etwas über 50 Prozent und damit 20, 25 Prozent zu niedrig. Mich würde mal interessieren: Macht Ihnen das Sorgen? Sprechen Sie im Senat darüber, oder sind Sie da ganz entspannt?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bestätigt, dass in Berlin alles dafür getan werde, um für Krisensituationen gewappnet zu sein. Entsprechende Vorkehrungen seien bereits in der Energiekrise 2021/2022 getroffen worden. Hinsichtlich der Energieversorgung des Landes sehe SenWiEnBe aktuell keine Gefährdungslage, sondern gehe davon aus, dass Berlin genügend Ressourcen habe, um gut über die kalte Jahreszeit zu kommen. Dafür liefen alle notwendigen Vorbereitungen und Gespräche, unter anderem mit der Bundesnetzagentur. Für die Füllstände in Gesamtdeutschland sei hauptsächlich die Bundesregierung verantwortlich. Laut der Einschätzung der Expertinnen und Experten der SenWiEnBe gebe es aber aktuell keinen Anlass zur Sorge. Die Lage werde überwacht. Sollte die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet sein, werde entsprechend reagiert.

Dr. Alexander King (fraktionslos) bemerkt, die Ausführungen der Senatorin ähnelten denen der Bundeswirtschaftsministerin, die sage, dass der Markt das regeln werde. Andere europäische Länder hingegen ergriffen bereits Gegenmaßnahmen. An den Großmärkten steige der Gaspreis. Er liege aktuell bei 67 Euro pro Megawattstunde und sei damit höher als im Januar 2023 nach der großen Energiekrise und doppelt so hoch wie vor dem Irankrieg. Rechne die SenWiEnBe mit stark steigenden Gaspreisen für Haushalte und Industrie? Wie bereite sie sich vor, um die Bevölkerung vor einer neuen Preisexplosion zu schützen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, dass in der Energieministerkonferenz über den Umgang mit den hohen Preisen diskutiert werde. Suggestiert werde, aus Sicherheitsgründen Vorräte zu kaufen. Berlin orientiere sich aber an den Empfehlungen der Bundesnetzagentur. Deren Einschätzung sei, dass nicht aus Sorge vor einer anzunehmenden Knappheit oder weiteren Preissteigerungen große Vorräte eingekauft werden müssten. Mit der GASAG und der BEW würden regelmäßig Gespräche geführt. Sie gehe davon aus, dass Berlin gut vorbereitet in den Winter gehe, und erhalte aktuell keine anderweitigen Signale von den Partnern. Allerdings könne niemand die Preise vorhersagen.

Martin Trefzer (AfD) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Ich wollte noch mal nachfragen zu dem schweren Hackerangriff auf die Berliner Senatsverwaltung. Da hieß es ja, dass außer der Verkehrsverwaltung und der Stadtentwicklungsverwaltung möglicherweise auch andere Senatsverwaltungen betroffen sein können. Deswegen frage ich mal konkret nach: War die Wirtschaftsverwaltung davon betroffen? Wenn ja, inwiefern? Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um solche Angriffe abwehren zu können?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, die Wirtschaftsverwaltung sei von dem Hackerangriff nicht betroffen. Sie sei bereits im letzten Jahr zum ITDZ migriert, sodass sich ihre Daten unter dessen Schutzschirm befänden. Dennoch habe SenWiEnBe als Vorsichtsmaßnahme den digitalen Wirtschaftsservice abgeschaltet, ihn aber am nächsten Tag wieder zur Verfügung gestellt. Vorsorglich sei der Krisenstab zusammengetreten. Auch habe SenWiEnBe an den Krisensitzungen teilgenommen und alle Mitarbeiter zu erhöhter Wachsamkeit angehalten. Sonstige Vorsichtsmaßnahmen seien bereits im Vorjahr eingeleitet worden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Heute hat Greenpeace eine Studie veröffentlicht, in der die Schäden des Hitzesommers für die bundesdeutsche Wirtschaft mit 36 Milliarden Euro beziffert werden. Hat der Senat bereits Erkenntnisse über die Folgen des Sommers für den Wirtschaftsstandort Berlin?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) äußert, die Zuständigkeit für Themen wie Hitzebewältigung und Hitzeschutzaktionsplan liege bei der Gesundheitsverwaltung. Die Wirtschaftsverwaltung habe aktuell keine Erkenntnisse darüber, in welcher Größenordnung der Wirtschaftsstandort Berlin betroffen sei.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt, ob die Senatsverwaltung plane, in den Austausch mit den wesentlichen Stakeholdern der Berliner Wirtschaft zu gehen, um zu analysieren, welche Folgen der Hitzesommer für Berlin habe und wie senatsseitig unterstützt werden könne.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, SenWiEnBe tausche sich regelmäßig mit der IHK Berlin, Berlin Partner, den Kammern, Unternehmerverbänden, der DEHOGA etc. über Neuigkeiten und Probleme aus. Der letzte Jour fixe mit der IHK liege nur wenige Tage zurück. Der Hitzesommer sei nicht thematisiert worden. Sie habe auch keine Alarmmeldungen dazu erhalten. SenWiEnBe könne gern weitere Informationen einholen, eine wissenschaftliche Studie oder Ähnliches dazu sei aber aktuell nicht geplant.

Damiano Valgolio (LINKE) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Ich wollte nachfragen nach dem Stand der vom Senat angekündigten Anhebung der Wertgrenzen bei den Vergaben in den Ausführungsvorschriften zur Haushaltsordnung. Die sollten angehoben werden, und da wollte ich mal fragen, wie das Verfahren ist, also ob das schon erfolgt ist, die Anhebung, oder wann das kommt.“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Finanzen. Die Anhebung der Wertgrenzen solle auf den Weg gebracht werden. SenWiEnBe müsse den aktuellen Sachstand aber selbst erfragen.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Food Made in Berlin – Standort strategisch stärken
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0312](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Was tut der Senat zum Erhalt der Galeria-Kaufhof-Karstadt Warenhausstandorte und Arbeitsplätze?
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0167](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 04.03.2024

Damiano Valgolio (LINKE) bringt vor, SenWiEnBe habe in den zweieinhalb Jahren seit der Anhörung viel für den Erhalt der Arbeitsplätze in den Kaufhäusern getan. In den letzten Wo-

chen habe es neue, teilweise besorgniserregende Pressemeldungen dazu gegeben. Er bitte um einen Überblick über den aktuellen Sachstand zu den vier möglicherweise bedrohten Berliner Standorten.

Christoph Wapler (GRÜNE) schließt sich der Bitte an. Am Standort Alexanderplatz bestehe ein gewisser Zeitdruck, sofern das Projekt Zentral- und Landesbibliothek – ZLB – und gegebenenfalls die Verkleinerung des Warenhauses noch umgesetzt werden sollten, da die Nutzungsvereinbarung bis März 2027 gelte. SenWiEnBe habe darauf verwiesen, dass die Senatsverwaltung für Kultur die Gespräche führe. Sei sie über den aktuellen Stand informiert? Offenbar plane die Eigentümerin schon mit Alternativkonzepten.

Julian Schwarze (GRÜNE) ergänzt, im Wortprotokoll der damaligen Anhörung sei eine Taskforce Warenhäuser erwähnt. Ihn interessierten deren Arbeitsergebnisse.

Jörg Stroedter (SPD) erklärt, die Umsetzung der ZLB am Alexanderplatz halte er aufgrund der finanziellen Gesamtsituation und kurz vor dem Ende der Legislaturperiode nicht für möglich. Bisher gälten der 31. März 2027 sowie die Kündigungsfristen der Mitarbeiter als Rahmenbedingungen. Aus seiner Sicht sei eine Verlängerung der Frist um ein weiteres Jahr alternativlos, damit eine neue Koalition eine Lösung finden könne. Gebe es dazu Gespräche?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, alle Akteure seien in den letzten Jahren intensiv begleitet worden. Seitens GALERIA sei am 22. Juli 2026 eine Pressemitteilung für Gesamtdeutschland veröffentlicht worden, dass das Unternehmen über Mietkonditionen, Flächenanpassungen und Zukunftsperspektiven an 33 Standorten, darunter Berlin, verhandle. Sie habe daraufhin mit den Handlungsträgern bei GALERIA telefoniert. Dabei sei ihr mitgeteilt worden, dass das Unternehmen für alle Standorte überlege, ob diese längerfristig haltbar seien. Gerade am Alexanderplatz gebe es sehr intensive Verhandlungen über die Miethöhe. Parallel dazu werde die Frage verhandelt, ob die ZLB dort eine Perspektive habe. Kultursenator Stefan Evers sei mit der Commerz Real über eine Absichtserklärung für die nächste Legislatur im Gespräch. Laut der Commerz Real werde der Mietvertrag ohne eine verlässliche Perspektive für die ZLB seitens des Landes nicht verlängert. Hinzu komme die Frage, ob die Commerz Real Konditionen anbiete, die GALERIA tragen könne, zum Beispiel hinsichtlich der nötigen Sanierungsarbeiten im Haus.

Die jetzige Nutzungsvereinbarung gelte bis 31. März 2027. Die Kündigungsfrist für einen Teil der Mitarbeiterschaft betrage ein halbes Jahr, da diese seit über 20 Jahren im Unternehmen seien. Daher müsse es in den nächsten Wochen eine Verständigung geben. SenWiEnBe biete Gesprächsvermittlung an und unterstütze, wo möglich. Mehrfache Einladungen ins Rote Rathaus seien angenommen worden. SenWiEnBe habe in den Verhandlungen aber keine aktive Rolle, da es sich um rein privatrechtliche Mietverhandlungen zwischen GALERIA und Commerz Real handle.

Dem Vernehmen nach gebe es positive Signale zum Standort am Kurfürstendamm, das einen anderen Eigentümer habe. Dort werde auch über Umbau und Sanierung verhandelt. Der Standort in Tegel sei der erfolgreichste in Berlin. Das Flaggschiff bleibe aber das Haus am Alexanderplatz, das es das größte Haus am zentralsten Platz und das letzte im Osten der Stadt sei. SenWiEnBe habe ein Interesse daran, alle Standorte, auch Spandau, zu erhalten. Es liege

nun in den Händen von GALERIA, ob es zu einem erfolgreichen Ergebnis bei den Vertragsverhandlungen komme.

Eine abschließende Einigung zur ZLB werde in den drei Wochen vor der Wahl nicht möglich sein. Dies sei eine Aufgabe für die neue Legislatur. – Die Taskforce Warenhäuser sei in den Zentrengipfel übergegangen. Am 29. Juni 2026 habe der letzte Zentrengipfel stattgefunden. Die Entwicklung der Zentren sei immer auch mit den Warenhäusern verknüpft. Gemeinsam mit den Bezirken seien hier erhebliche Verbesserungen ermöglicht worden. Zusammenstellungen darüber, was bisher erreicht worden sei oder welche Maßnahmen in diesem Jahr umgesetzt würden, stelle sie gern zur Verfügung.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Perspektiven und Sachstand der Automotive
Industrie / Netzwerk**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0243](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23.06.2025

Tuba Bozkurt (GRÜNE) legt dar, in der Anhörung sei über die Situation bei der Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr – IAV – gesprochen worden. SenWiEnBe sei es nun gelungen, die Stellen bis 2028 zu sichern. Sehe sie Möglichkeiten, auch in künftigen Regierungen sicherzustellen, dass Standort und Beschäftigungen langfristig erhalten blieben und die Ingenieurskompetenz nicht verloren gehe? – Die Finanzierung des Regionalen Transformationsnetzwerk für die Fahrzeug- und Zulieferindustrie Berlin-Brandenburg – ReTraNetz – sei nun gesichert. Welche Vorteile habe es für die beteiligten Unternehmen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, SenWiEnBe habe in der Vorwoche erneut ein Gespräch mit Geschäftsführung und Betriebsrat der IAV geführt. Im April habe die IAV mitgeteilt, dass der Gründungsstandort in Berlin komplett abgewickelt werde. Insgesamt hätten seitdem drei Gesprächsrunden und mehrfache Demonstrationen für den Erhalt der Arbeitsplätze stattgefunden. Nun könne verkündet werden, dass die IAV in Berlin bleibe und ein Zukunftstarifvertrag abgeschlossen worden sei. Dieser sehe eine Beschäftigungssicherung bis 2028 und einen Masterplan für den Übergang der Beschäftigten vor, die nicht im Unternehmen bleiben könnten. Es werde einen Stellenabbau geben, aber große Teile der Belegschaft blieben erhalten. VW stelle Mittel bereit, um Mitarbeiter abzufinden. Die Fähigkeiten der IAV-Mitarbeiter in den Bereichen Sensorik und autonomes Fahren sowie in anderen Feldern seien bei anderen Unternehmen gefragt. Es gebe Interessensbekundungen, Teile der Mitarbeiterschaft zu übernehmen. Daher sei bei dem Treffen in der Vorwoche vereinbart worden, dass Berlin Partner einen Karrieretag bei der IAV organisieren werde, bei denen sich diese Unternehmen vorstellen und den Beschäftigten Angebote machen könnten. Es gebe aber auch Mitarbeiter, die IAV halten müsse. Der Betriebsrat habe zwölf Modelle erarbeitet, wie sich

das Unternehmen neu orientieren könne. Mit allen Beschäftigten werde über ihre individuelle Zukunftsgestaltung gesprochen.

Das ReTraNetz sei wichtig für Berlin. Nicht nur habe die Folgefinanzierung gesichert werden können, es bestehe auch die Option auf eine weitere Förderung durch den Bund für die Jahre 2027 bis 2029. Der Vollantrag sei im Juli eingereicht worden und bereits als förderfähig eingestuft worden.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Neuer Wirtschaftsstandort Buchholz Nord –
Aktueller Stand und Perspektiven**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0194](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 02.12.2024

Julian Schwarze (GRÜNE) führt an, in der Anhörung sei es unter anderem um die Umsetzung neuer landeseigener Gewerbehöfe gegangen. Hierfür sei Lichtenberg als möglicher Standort genannt worden. Von SenWiEnBe sei ausgeführt worden, dass es darum gehe, landeseigene Flächen besser für bezahlbare Gewerbestandorte zu nutzen, und dass hierfür die BIM als großer Bestandhalter in der Pflicht gesehen werde. Er bitte um ein Update, welche Fortschritte seitdem erreicht worden seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) weist darauf hin, dass es in der Anhörung schwerpunktmäßig um den Wirtschaftsstandort Buchholz Nord gegangen sei. Die dortige Gewerbegebietsentwicklung sei seit Dezember 2024 intensiv vorangebracht worden. Der städtebauliche Rahmenplan sei erarbeitet worden und werde voraussichtlich Anfang September im Senat beschlossen. Im nächsten Schritt werde der Bebauungsplan aufgestellt. Die Aufstellung des ersten Erschließungsabschnitt werde durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung voraussichtlich Anfang 2027 vorgenommen. Hierfür arbeite SenWiEnBe eng mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der WISTA zusammen. Neben der Urban Tech Republic werde das Gewerbegebiet Buchholz Nord als großes Projekt vorangetrieben, um zu mehr Gewerbeflächen zu kommen. Eine weitere Projektentwicklung sei der erste landeseigene Gewerbehof in der Bornitzstraße in Lichtenberg. Sie halte es für wünschenswert, in der neuen Legislatur weitere kommunale Gewerbegebiete zu schaffen. Interesse hätten der Bezirk Mitte im Soldiner Kiez, der CleanTech Business Park Marzahn und der Bezirk Tempelhof-Schöneberg für das Gebiet Nahmitzer Damm angemeldet. Für die Abwägung, wo ein weiterer Gewerbehof geplant werde, werde eine Entscheidungsmatrix verwendet, die Kriterien wie Gewerbe- und Mietdruck sowie Abwanderung berücksichtige. Im Soldiner Kiez sei der Verdrängungsdruck besonders groß. Diese Projekte ständen in der Zukunft an. Die Entwicklung des Gewerbehofs Bornitzstrasse in Lichtenberg sei bisher am weitesten fortgeschritten.

Carsten Grashoff (SenWiEnBe) ergänzt, dass das Thema Gewerbehof 2.0, also die Zusammenarbeit von Start-ups und Handwerksbetrieben in einem Gewerbehof, weiterentwickelt worden sei. Hierzu seien konzeptionelle und bauliche Anpassungen vorgenommen worden, um auf entsprechende Nachfragen und Standortanforderungen einzugehen. Zudem seien vor dem Hintergrund, dass Fördermittel nicht mehr in dem geplanten Umfang genutzt werden könnten, finanzielle und institutionelle Fragen geklärt worden. Die Zuständigkeit liege bei der WISTA. Diskussionen, ob es sich dabei um die WISTA Management oder eine eigene Tochtergesellschaft für Gewerbehöfe handeln solle, seien nun zu einem guten Abschluss gebracht worden. In Kürze stehe ein Aufsichtsratsbeschluss der WISTA an, sodass im zweiten Halbjahr die Ausschreibung für die Bauleistung für den Gewerbehof Bornitzstraße erfolgen könne.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.